

Aktivisten fordern von Bischöfen mehr Engagement bei Kirchenreformen

Der Papst habe Bischöfen weltweit Reform-Aufträge erteilt, sagen Aktivisten. Auch skeptische Bischöfe müssten sich nun am Synodalen Prozess beteiligen. Mitbestimmung sei nun kirchliche Lehraussage.

Bonn (KNA) Aktivisten haben die deutschen Bischöfe aufgefordert, ihr Engagement bei Kirchenreformen zu verstärken. „Der Reformkurs des Synodalen Weges in Deutschland muss - und da hilft der Rückenwind der Weltsynode 2023 und 2024 in Rom - noch entschlossener und schneller gemeinsam mit dem Kirchenvolk fortgeführt werden“, sagte Christian Weisner, Sprecher der Gruppe „Wir sind Kirche“, am Freitag. Die Weltsynode habe den Bischöfen weltweit den Auftrag gegeben, konkrete Veränderungen umzusetzen.

Explizit forderten die Kirchenaktivisten im Vorfeld der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) eine Verbesserung der Rechte von Frauen in Gesellschaft und Kirche. Auch die Rechte queerer Menschen, sowie die innerkirchliche Aufarbeitung sexueller Gewalt müssten vorangetrieben werden. Zudem äußerten sich die Aktivisten alarmiert wegen der politischen Lage in Deutschland und der Welt.

„Wir sind Kirche“-Sprecher Weisner wandte sich insbesondere an die Bischöfe Stefan Oster, Rainer Maria Woelki, Gregor Maria Hanke und Rudolf Voderholzer. Sie stehen den Bestrebungen des Synodalen Weges der Kirche in Deutschland kritisch gegenüber. An dem Nachfolgeprojekt „Synodaler Rat“ nehmen sie nicht teil. „Besonders die vier Bischöfe, die sich dem Synodalen Prozess entzogen und dessen Finanzierung verweigert haben, müssen sich wieder beteiligen“, so Weisner. Das von Papst Franziskus approbierte Abschlussdokument der Weltsynode fordere auf allen Ebenen der Kirche Gremien zur Mitbestimmung ein auf. Diese Aufforderung sei nun Teil der kirchlichen Lehraussagen. Die Bischöfe könnten sich nicht mehr auf Rom berufen.

Des Weiteren riefen die Aktivisten die Bischöfe auf, sich für Zusammenhalt in der Zivilgesellschaft zu engagieren. „Es ist mehr denn je erforderlich, bestehende Polarisierungen in der Bevölkerung zu überwinden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt verstärkt in den Blick zu nehmen.“ Kirchen müssten sich gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften für eine wertegeleitete demokratische Gesellschaft einsetzen. Das schließe explizit Frauenrechte und die Rechte von Minderheiten ein.

Überschattet von der schweren Erkrankung des Papstes in Rom beraten sich die katholischen Bischöfe in Deutschland nächste Woche über die Lage der Kirche im Kloster Steinfeld (Nordrhein-Westfalen)

Zuletzt geändert am 08.03.2025